

ich bis 9. März:  
soche stehen zum  
etter-  
oßem **79**  
2 Stück .N 1.55  
4 Stück .N 3.—  
30 Stück .N 20.  
nicht versandt.  
schirm aus dem  
kommt die Frau  
ten sich Mann  
er sehr ungewöh.  
habende Glas-  
ngt mit Blumen-  
as 2c 78 .J. \*  
hängen, bei dem  
e die Vogel ein-  
J. Vogelkutter  
sästchen für das  
hen und andere

**80. Jahrgang.**  
Erscheint täglich  
mit Ausnahme der  
Sonn- und Festtage.  
Preis vierteljährlich  
hier 1 .M., mit Träger-  
lohn 1.20 .M., im Wegsch.  
und 10 km-Verkehr  
1.25 .M., im übrigen  
Württemberg 1.35 .M.  
Monatsabonnements  
nach Verhältnis.

# Der Gesellschafter.

## Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Jernspracher Nr. 20.

**Anlage 2450**  
Anzeigen-Beilage  
f. d. Spalt. Zeile aus  
gewöhnl. Schrift ober  
deren Raum bei 1mal.  
Erklärung 10 .g.  
bei mehrmaliger  
entsprechend Rabatt.  
Mit dem  
Blauerfärbchen  
und  
Schw. Sandwirl.

N<sup>o</sup> 43 Nagold, Mittwoch den 21. Februar 1906.

**Nagold.**

### Die Feier des Geburtsfestes Seiner Majestät des Königs

wird am Sonntag den 25. Februar begangen werden.

Der Festgottesdienst beginnt vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, der Festzug vom Rathaus aus in die Kirche vormittags 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, nachmittags 1 Uhr Festessen im Gasthof zur Post.

Die Unterzeichneten beehren sich, zu zahlreicher Beteiligung an diesen Festakten hiemit ergebenst einzuladen.

Den 18. Februar 1906.

**Oberamtmann Ritter. Dekan Römer. Oberamtsrichter Sigel.**

**Amiliches.**

#### Bekanntmachung der K. Zentralstelle für die Landwirtschaft, betr. den landwirtschaftlichen Septemberepreis für das Jahr 1906.

Zur Anregung eines sachgemäßen Fortschritts auf den verschiedenen Gebieten des landwirtschaftlichen Betriebs soll auch im Jahre 1906 der landwirtschaftliche Septemberepreis zur Vergabung kommen. Für denselben gelten folgende Bestimmungen:

Der — in einem nach der Leistung zu bemessenden Geldbetrag nebst silberner Medaille bestehende — Preis ist in erster Linie für musterhaft geführte, vorzugsweise bäuerliche Wirtschaften bestimmt, deren Betrieb mit Berücksichtigung aller einschlagenden Verhältnisse den nachhaltigsten Reinertrag sichlich anstrebt und der daher für die ähnlichen Verhältnisse der Umgegend als Muster dienen kann. Der Nachweis einer ordentlichen Rechnungsführung, mit deren Ergebnissen die Beizung im ganzen und einzelnen belegt werden könnte, würde deren Preiswürdigkeit erhöhen.

Gegenwärtig kann der Preis auch für Einführung und Verbreitung neuer, nützlicher Kulturen oder für wesentliche Verbesserungen im Betriebe der Landwirtschaft überhaupt oder ihrer einzelnen Zweige, namentlich des Ackerbaues, des Futterbaues, des Wein- und Obstbaues, des Waldbaues, der Fortgewinnung, der Viehzucht, des Raufwerkens u. s. w., nicht minder für hervorragende persönliche Verdienste um Hebung und Förderung der Landwirtschaft durch Lehre und Beispiel, durch tätiges Wirken für das Vereins- und Fortbildungswesen, für Vollzug der Kulturgesetze u. s. w. erteilt werden.

Die Bewerbungen um den Preis sind spätestens bis zum 1. Juli d. J., mit einem Beibehalt des Oberamts und einer Kennerung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins begleitet, bei der unterzeichneten Stelle einzureichen. Die Anerkennung des Preises wird am 27. September erfolgen.

Stuttgart, den 12. Februar 1906.  
J. B.: Kreis.

#### Die Marokko-Konferenz.

Berlin, 19. Febr. Mit Bezug auf die Depesche der Agence Havas aus Algier, die den Inhalt der deutschen Note in der Angelegenheit der marokkanischen Polizeifrage und die darauf ergangene französische Antwort wiedergibt, teilt die Nordd. Allg. Ztg. mit, sie könne die Richtigkeit der Meldung bekräftigen und sie durch die Mitteilung ergänzen, daß die deutschen Delegierten, da Deutschland auf das französischerseits angeregte Doppelmandat an Frankreich und Spanien nicht eingehen könne, beantragt worden sind, vorzuschlagen, der Sultan solle verpflichtet werden, die Polizei mit Hilfe selbstgewählter fremder Instrukteure unter Ueberwachung durch das diplomatische Korps selbst zu organisieren.

Berlin, 19. Febr. Zur Polizeifrage in Marokko fährt die Nordd. Allg. Ztg. u. a. aus: Die französische Antwort unterwirft sich in der Sache nicht wesentlich von der früheren Forderung eines französisch-spanischen Doppelmandats. In der praktischen Wirkung wird der französische

Gegenorschlag doch darauf hinauslaufen, Frankreich einen fast ausschließlichen politischen Einfluß im atlantischen Küstengebiet zu verschaffen und damit die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Interessen zu beeinträchtigen. Erscheint uns daher auch die französische Antwort nicht befriedigend, so wollen wir doch noch nicht die Hoffnung aufgeben, daß eine Verständigung auch in der Polizeifrage schließlich noch erzielt werden wird.

Die Nordd. Allg. Ztg. bestätigt, daß das Mitglied des Reichsbunddirektoriums, Geh. Oberfinanzrat v. Glasenapp, als technischer Beirat zur Teilnahme an den Erörterungen über die Frage der marokkanischen Staatsbank nach Algerien entsandt worden ist.

Algerien, 20. Febr. Der „Alger. Ztg.“ zufolge deuten manche Anzeichen darauf hin, daß die Marokkokonferenz dem entscheidenden Punkte nahe ist. Die immer bestiger werdende Polemik eines Teils der französischen Presse, besonders des „Temps“ scheinen auf irgendwo bestehende Absichten eines für alle Teile beschließenden Ergebnisses einer baldigen Verständigung hinzuweisen.

Unter den pessimistisch gestimmten Delegierten wird bereits die Frage erörtert, was geschehen wird, wenn die Konferenz auseinandergehen wird, ohne mehr als die bisher erörterten Reglements fertiggestellt zu haben, weder in der Polizeifrage noch in der Bankfrage.

Das Blatt bezeichnet es als unwahr, daß Deutschland bisher niemals Zugeständnisse Frankreich gegenüber gemacht habe. Sowohl in den protokollierten Verhandlungen, sowie in den privaten Gesprächen hat es in verschiedenen Fällen Zugeständnisse von Bedeutung gemacht. Uebrigens glauben auch die pessimistischen Politiker nicht an die Möglichkeit eines Krieges.

Es dürfte sich inzwischen die Sachlage in etwa drei Tagen in der einen oder anderen Weise geklärt haben.

Algier, 20. Febr. In der heutigen Sitzung der Konferenz wurde ein deutscher und ein französischer Entwurf über die Organisation der marokkanischen Staatsbank vorgelegt. Ohne in eine Einzelberatung einzutreten, verwies die Konferenz die Entwürfe zur Vorberatung an eine Kommission.

Berlin, 20. Febr. Das Berl. Tagebl. meldet aus Paris: Ein vermittelndes Eingreifen einer dritten Macht in Algier, das einzige Mittel zur Verhandlung, scheint nicht ganz ausgeschlossen zu sein.

Der französische Vorschlag betreffs der Marokko-Polizei (der im wesentlichen auf ein französisch-spanisches Mandat hinausläuft) ist, wie zu erwarten stand, von Deutschland abgelehnt worden. Die Agence Havas meldet aus Algier: „In der von Deutschland erteilten Antwort wird der Vorschlag Frankreichs, nach dem die vom Sultan auszuwählenden Offiziere Franzosen und Spanier sein sollen, abgelehnt. Deutschland erklärt, daß Frankreichs Vorschlag dem Prinzip der Internationalisierung und Gleichberechtigung aller Mächte in Marokko zuwiderlaufe.“ Gegenwärtig werden, wie der Korrespondent des Matin hierzu noch meldet, in der deutschen Antwort nicht gemacht; dies erscheint auch überflüssig, nachdem Deutschland seinen Standpunkt bereits in der in der vorigen Woche überreichten Note klargestellt hatte.

#### Der 1. März 1906

wird auf Zoll- und handelspolitischem Gebiet ein kritischer Tag erster Ordnung sein. Mit ihm tritt das neue deutsche Zolltarifgesetz in Kraft. Bekanntlich ist der neue Zolltarif einer völligen Umgestaltung unterworfen worden. Man hat aber nicht nur die Zollsätze abgeändert, die Warenkategorien sind so stark spezialisiert worden, daß die künftige Verzollung ein ganz neues Studium des Tarifs zur Voraussetzung hat. Es wird gut sein, wenn nicht nur die Zollbeamten, sondern auch die Geschäftswelt die kurze Frist bis zum Ende des laufenden Monats noch dazu benutzte, sich in dieses Studium zu vertiefen. Sonst könnten sich leicht noch dem 1. März Schwierigkeiten ergeben, die auf die glatte Ablieferung der eingeführten Waren einen unangenehmen Einfluß ausüben. Der Bundesrat hat eine ganze Reihe von Ausführungsanweisungen zum Zolltarif erlassen, die zur Erleichterung der Handhabung des Tarifs dienen sollen. Nicht wäre verkehrter, als wenn man etwa in der Geschäftswelt annehmen wollte, diese Anweisungen seien nur für die Zollbeamten erschienen. Auch die Männer der Praxis sollten sich damit beschäftigen und so selbst zu der richtigen Zoll-Klassifikation mitwirken. Es würde nur ihr eigenes Interesse sein, daß dadurch gefördert würde.

Aber es handelt sich am 1. März auch nicht nur um die Einführung des neuen Zolltarifs. Mit demselben Zeitpunkt erlangen alle Bestimmungen Geltung, die in den neuen, bereits ratifizierten oder noch zu ratifizierenden Handelsverträgen getroffen sind. Solcher Bestimmungen gibt es eine lange Reihe. Ob sie noch durch weitere Verträge erweitert werden wird, steht dahin. Gegenwärtig wird über einen deutsch-schwedischen Tarifvertrag verhandelt. Es ist indessen unwahrscheinlich, daß er noch im Lauf des Februar zustande kommen wird. Außerdem steht die Erneuerung des Abkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika in Frage. Der alte Vertrag verliert am 1. März seine Geltung. Ob sich bis dahin ein neuer wird erzielen lassen, steht dahin. Man spricht gegenwärtig von der Einrichtung eines einjährigen Provisoriums. Der Meldung liegen vorläufig nur Kombinationen zugrunde. (Vergl. unten). Noch immer hat die Regierung der Vereinigten Staaten der deutschen auf die von dieser gemachten Vorschläge über den Abschluß eines neuen Vertrags nicht geantwortet. Ehe diese Antwort nicht erfolgt ist, dürfte schwerlich eine Entscheidung fallen. Ein Zollkrieg ist niemals für die daran beteiligten Staaten ein Gewinn. Es kann sich nur darum handeln, wer dabei den größeren Schaden hat. Dieser Staat wird dann zum Nachgeben gezwungen werden. Ebenfalls wohl gewünscht werden, daß nun möglichst bald völlige Klarheit über das handelspolitische Verhältnis Deutschlands zu Nordamerika nach dem 1. März geschaffen wird. Es stehen hier bedenkliche Interessen auf dem Spiel. Im übrigen laufen im großen und ganzen die Reichsbegünstigungsverhältnisse, wie sie mit Ausnahme von Portugal zu sämtlichen großen Staaten Europas und zu einem großen Teil der Staaten der anderen Erdteile bestehen, auch nach dem 1. März weiter. Welche Änderungen sich darin später ergeben werden, ob der Reichsbegünstigungsvertrag mit Argentinien einer Umgestaltung unterworfen werden wird, ob es gelingt, daß

im, Erfurt  
nd Behörden.  
ilg: Gemüse-  
stbäume, Ro-  
st.  
Verlag von F. F. Steinkopf in Stuttgart.  
er  
beschäftigung bei  
ng, Kübler  
J. tel.  
nder-  
-Gefuch.  
n Jung u. nimmt  
ngungen in die  
Buchbinder.  
örkings-  
ch.  
ein ordentliches,  
Icher die Prot-  
arkindlich er-  
ntgart gesucht.  
1. Jahr 1 .M.  
nd im 3. Jahr  
m. w. Balmer,  
gen.  
reimer  
die Arbeit sofort  
Vornung,  
einerzeit,  
tellesfurt.  
und Erklärung  
ergischen  
sbüchleins  
Dr. Faut.  
Pfennig.  
ge Buchhandlg.





für die Mitte des laufenden Jahres gekündigt Abkommen mit Spanien auf einer erweiterten Basis zu erneuern, ob ein deutsch-portugiesischer Handelsvertrag abgeschlossen werden wird, alles das sind spätere Sorgen. Vorläufig handelt es sich darum, den neuen Zolltarif und die neuen Handelsverträge möglichst glatt zur Durchführung zu bringen, und hierzu wird von allen beteiligten Faktoren mitgeholfen werden müssen, wenn nicht die Schwierigkeiten zu groß werden sollen. Die moderne Zeit stellt bezüglich der Gesetzkenntnis große Anforderungen an den Staatsbürger. Wenn solche Anforderungen auch auf handelspolitischem Gebiet erhoben werden, so fördert die ihnen folgende Geschäftswelt aber nicht nur allgemein, sondern auch die eigenen Interessen. Und auch deshalb darf darauf vertraut werden, daß von allen beteiligten Faktoren Hand in Hand gearbeitet werden wird, damit die mit dem 1. März in Kraft tretenden neuen Zoll- und handelspolitischen Bestimmungen möglichst glatt zur Ausführung kommen.

### Das Handelsprovisorium mit Amerika.

Dem Reichstage ist heute der am Sonnabend vom Bundesrat angenommene Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zugegangen. Der Entwurf ermächtigt lediglich den Bundesrat, den deutschen Vertragstexten den Vereinigten Staaten bis zum 30. Juni 1907 einzuräumen.

Die Begründung lautet: Durch Abkommen vom 10. Juli 1900 sind den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika diejenigen Zollsätze gewährt worden, welche durch die in den Jahren 1891 bis 1894 mit Belgien, Italien, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Rußland, der Schweiz und Serbien abgeschlossenen Handelsverträge diesen Ländern zugestanden waren. Dieses Abkommen verliert mit dem Außerkrafttreten der Zollsätze der genannten Verträge am 1. März d. J. seine Grundlage. Es ist daher deutscherseits am 29. Nov. d. J. zum 1. März d. J. gekündigt worden. Gleichzeitig haben wir uns bereit erklärt, mit den Vereinigten Staaten ein neues Abkommen zu schließen, das den veränderten Verhältnissen Rechnung trägt. Die Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnisse geführt, da die amerikanische Regierung sich zu einer Stellungnahme zu unseren Vorschlägen noch nicht hat entschließen können. Da aber zu hoffen ist, daß es schließlich doch gelingt, eine Verständigung zu erreichen, so erscheint es zweckmäßig, daß bis zur Vereinbarung eines neuen Abkommens ein Uebergangsstadium geschaffen wird, das eine stetige Fortentwicklung des Verkehrs zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten sichergestellt. Dies geschieht am besten in der Weise, daß der bisherige Zustand unter Berücksichtigung der Änderungen, welche die obgenannten Verträge inzwischen erfahren haben, einstweilen anrecht erhalten wird. Um dies Ziel zu erreichen, bedürfen die verbündeten Regierungen der gesetzlichen Ermächtigung, den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten die erwähigten Zollsätze der genannten Verträge für die im Entwurf angegebene Frist einzuräumen.

### Politische Uebersicht.

Eine Rede des Reichskanzlers beim Festmahl des deutschen Handelstags in Berlin hatte nach dem telegraphischen Bericht folgenden Inhalt: Der Reichskanzler begrüßte die entgegenkommende Haltung des Handelstags bezüglich der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und sprach die Hoffnung aus, daß bei der parlamentarischen Behandlung der Steuerfrage die großen nationalpolitischen Gesichtspunkte von allen beachtet werden, die eine fortwährende Entwicklung nach außen und innen wünschen. Er betonte dann, daß er keineswegs nur für agrarische Gesichtspunkte und Forderungen Sinn und Verständnis habe. Ein Reichskanzler ohne Verständnis für die Bedeutung von Handel und Industrie sei ein Unbeing. Wir wissen, welches Auktium eine leistungsfähige Industrie und ein blühender Handel für die internationale Geltung des Landes in die Waagschale werfen. Der Reichskanzler hob hervor, daß der „deutsche Haas“, der Trücker, wie man ihn früher nannte, wirtschaftlich noch geworden sei. Er schilderte dann das Blühen des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Er wolle dieses glänzende Bild nicht weiter ausmalen, morgen würde es vielleicht in den Zeitungen heißen, er (der Reichskanzler) sei nun doch dem Merkantilismus und dem Industrialismus ins Georn gegangen, denn alle Erwerbsstände umdrängten die Regierung, wie in Werthers Zeiten die Kinder die drohschneidende Botte. Aber er wolle auch vor dem Deutschen Handelstag betonen, daß die deutsche Landwirtschaft sein Sorgenkind sei, und wenn der deutsche Handel noch glücklicher als bisher in die Ferne schweife, so möge er die Schwester nicht vergessen, deren Arbeit das Fundament des deutschen Haases bilde. Der Redner schloß mit den Worten warmer Anerkennung für die Tüchtigkeit des deutschen Unternehmertums und sprach seine Zustimmung aus zu dem Votum des deutschen Arbeiterhandes, das Graf Posadowsky kürzlich im Reichstage ausgesprochen habe. Aber die in den Reden schlummernden Fähigkeiten — das sei auch Posadowskys Meinung — hätten sich nicht so fruchtbar entwickeln können, ohne das Verdienst der deutschen Arbeitgeber. Aus vollem Herzen rufe ich: „Der deutsche Handel und der deutsche Handelstag sie leben hoch!“

Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Antrag auf Bekämpfung der Aufsichtspostkarten mit zwei Pfennig für das Stück ist von der Steuerkommission des Reichstags angenommen worden. Staatssekretär Kräfte äußerte Bedenken gegen den Antrag,

der auch die in der Form von Aufsichtskarten hergestellten Postkarten treffen würde. Der Begriff der Aufsichtspostkarte sei sehr schwer festzustellen, und ganz unzulässig sei eine posttechnisch genaue Kontrolle. Auch sei ein Anfall an Postentnahmen zu erwarten.

Die Auflösung des ungarischen Parlaments. Borgstern vormittag wurde im Abgeordnetenhaus die Sitzung eröffnet. Der Vorsitzende verlas das Einberufungsdekret und gab bekannt, daß ihm zwei Schreiben des kgl. Kommissars zugegangen seien, die er diesem jedoch zurückgeschickt habe, weil sie nicht dem Abgeordnetenhaus durch die verantwortliche Regierung überreicht worden seien. Dadurch sei die Verfassung verletzt. Die Verlesung dieser Erklärung wurde ruhig angehört. Sodann wurde das Protokoll der Sitzung festgesetzt, ebenso die Tagesordnung der Sitzung für Mittwoch, worauf die Sitzung geschlossen wurde. Die Abgeordneten verließen ruhig den Saal. Einige Minuten später erschien der Kommandant des 38. Inf.-Reg., begleitet von 6 Soldaten mit aufgeschlagenem Bajonett und einer Abteilung Polizei. Er besetzte die Präsidenten-Tribüne und verlas das Auflösungs-Dekret. Als von der Journalisten-Tribüne einige Juxts laut wurden, ließ er den Saal räumen. Die Türen des Parlaments sind gesperrt, das Haus ist von einer großen Menge Militär und Polizei umzingelt. Im Ragnatenhause wurde die Verlesung des Edikts bei vollkommener Ruhe entgegengenommen.

Wegen Preisgabe von Staatsgeheimnissen ist der ehemalige serbische Ministerpräsident Mladan Giorgiewitsch vor Gericht gestellt worden. Der Angeklagte verlas eine Verteidigungsschrift, in der er eine Darstellung der jüngsten Geschichte Serbiens gab, und die Ereignisse in Serbien auf eine unheilvolle Beeinflussung durch Rußland zurückführte. Der Angeklagte erklärte, als er erkannt habe, daß Serbien heute noch mehr als früher unter der Hypothek von fetten Rußlands liege, habe er sich entschlossen, sein Werk „Ende einer Dynastie“ noch bei seinen Lebzeiten zu veröffentlichen, um durch die Aufdeckung der Tätigkeit der russischen Diplomaten Serbien und Europa die Augen zu öffnen. Nicht Serbiens, sondern Rußlands Interesse sei es, daß er, der Angeklagte, verurteilt werde. Auch nach einer Verurteilung werde er den Serben unermüdlich zurufen: „Gewacht auf der russischen Hypothek; denn Serbien ist unser Vaterland.“ Schließlich erklärte der Angeklagte, daß er keine amtlichen Schriftstücke für sein Werk benutzt habe.

### Staatssekretär Graf Posadowsky in der Berliner Heimarbeitausstellung.

Am Mittwoch voriger Woche hat der Staatssekretär des Reichsamts des Innern den vorher angekündigten Besuch in der Heimarbeitausstellung abgeleistet. Da die soziale Gesetzgebung vorwiegend zu den Arbeiten des Reichsamts des Innern gehört, hat dieser Besuch ganz besondere Bedeutung. Die „Volksztg.“ berichtet darüber ausführlich wie folgt: „In der Begleitung des Staatssekretärs befanden sich außer seiner Tochter und ihrem Bräutigam, Geheimrat von Schumm, der Direktor der sozialpolitischen Abteilung des Reichsamts des Innern, Casper, und der Delegiert für die Heimarbeitfrage Geheimrat Regierungsrat Kaufmann und einige Herren des Ressorts. Die Besucher wurden durch Professor Dr. Franke und das Ausstellungs-Lexikon empfangen. Der Rundgang begann bei den Konfektionsarbeiten des Schneiderverbandes. Der Vertreter der Schneiderorganisation übernahm die Führung. Er sowohl wie die Organisationsvertreter von allen Ausstellungsstellen wurden vom Staatssekretär durch Handschlag begrüßt. Das Interesse des Grafen wuchs sichtlich. Während er anfangs nur den Erklärungen lauschte, griff er bald selbst in die Unterhaltung ein. So drehte er sich, als er hörte, die Stahldöhne, seien einschließlich Garn und Nadel zu verstehen, zu seiner Begleitung um: „Meine Herren, natürlich wird dann der billigste Faden benutzt.“ Bedäht griff auch die Komtesse Posadowsky ein; sie fragte bald dieses, bald jenes und nahm die Erklärungen ihres Bräutigams entgegen. Bei einem kleinen Kinderleichen Berliner Ursprungs, das für das Duzend mit 1. A bezahlt wird, tat der Graf zum erstenmal eine Frage, die er während des über zwei Stunden in Anspruch nehmenden Besuchs noch oft wiederholte: Was kostet das im Laden? Graf Posadowsky wies hier und später darauf hin, daß es von größter Wichtigkeit für die Regierung bei der Suche nach Abhilfemaßnahmen sein müsse, die Arbeitslöhne mit den Verkaufspreisen zu vergleichen und überdies zu wissen, wie sich der Verkaufspreis zu den Arbeitskosten, Materialkosten und dem Gewinn stellt. Eine solche parallele Zusammenstellung würde von großer Wichtigkeit sein, um die Heimarbeitfrage objektiv überblicken zu können. Als Graf Posadowsky von Frauälein Behm darauf hingewiesen wurde, daß das Maschinenfriden besser bezahlt würde, als das Handfriden, sagte er, das kenne er schon aus der Zeit her, da er Leiter einer Korrekturenanstalt war. Der vom Gemeinvereln der Heimarbeiterrinnen angestellte feibene Umhang rief eine gewisse Sensation hervor. Er bringt der Arbeiterin 2. A Arbeitslohn („Für den ganzen Mantel?“ fragte die Komtesse Posadowsky), dem Zwischenmeister 7. A und dem Verkäufer 100. A. Es wurde auf besonderen Wunsch des Grafen festgestellt, daß der Umhang zwölf Stunden Arbeitszeit erfordert. Professor Dr. Franke nahm die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß die Ausstellung an vielen Gegenständen den Beweis bringe, daß nicht stets der Gegenstand besser bezahlt werde, wenn er teurer sei. Mit Interesse betrachteten die Besucher auch die abschließenden Läden. Für das Kleiden werden bei gleicher Arbeit in Halle und Frankfurt a. O. für das kilo 6 S, in Hannover 15 S bezahlt. Diese Verschiedenheit nahm sichtlich die Aufmerksamkeit der Besucher in Anspruch. Das

Gleiche war später bei dem schon anlässlich des Besuchs der Kaiserin erwähnten Widerspruch in der Schirmfabrikation der Fall. Bedähtes Interesse erregte die kleine Bedenkenmittelanstellung. Sie führt Boudou vor, die für das kilo 6 S für das Einwickeln in der Heimarbeit bezahlt werden. Es gab Gelegenheit, dem Grafen mitzuteilen, daß auch Marghanschweigen in Heimarbeit hergestellt würden. Professor Franke wußte auch von Marghanskartoffeln zu erzählen. Er sagte hinzu: „Man stelle sich das vor, was daraus entstehen kann.“ Graf Posadowsky pflichtete ihm bei. Die Konfektionslöhne aus Halle schienen dem Minister besonders bemerkenswert. Solche Löhne liegen wohl kaum noch Arbeitsfreudigkeit zu. Die Menschen sind nur noch lebende Maschinen“, meinte Frauälein Behm. Frau Ihrer wies bei der Blumen- und Federfabrikation darauf hin, daß dabei sehr viel Kinderarbeit zu finden sei. Das Einatmen des Federstaubes sei höchst schädlich. Die Arbeiterinnen schweiden durch den aus Rußland und Bengia bestehenden Klebstoff, der erwärmt werden müsse, in steter Feuergefahr. Der Stand der Rosen rufe Aufschlag hervor. Als Frau Ihrer auf kleine Margueriten hinwies; Das ist sächsische Kinderarbeit, sagte der Graf: „Glauben Sie mal, wir haben doch ein Kinderengesetz.“ „Aber nicht für eigene Kinder. Auch wird das Geld umgangen“, lautete die Antwort. Als er von 2 1/2 S Lohn für Rauter und Kind in einer Stunde hörte, meinte Ministerialdirektor Casper: „Es ist nicht zu fassen, wie unehrliche Löhne gezahlt werden.“ Graf Posadowsky machte darauf aufmerksam, daß man bei allen Angaben so korrekt wie möglich verfahren müsse, sonst seien sie nicht beweiskräftig. Er betrachtete dabei die Nippelpitze, die der Greifin 1 1/2 S, der jüngeren Arbeiterin 3 S bringt, interessierte sich für die „Universal-Rube“, die Werkstoff, Schlafrum und Rube gleichzeitig ist und ließ sich dann die weitläufigen, anderwärtsigen Preise der Wirker von Apolda erklären. Lange Zeit wollte er in der Holzindustrie. Graf Posadowsky interessierte sich auch für die Arbeitsmethoden. Er erinnerte dabei an die seiner Initiative entsprungene Tischlergenossenschaft in Kolbenburg ob der Lander und deren bessere Löhne, die diese erzielen. Die Frage nach Abhilfe war damit angeschnitten. Professor Franke wandte sich an Ministerialdirektor Casper und machte ihn darauf aufmerksam, daß der Registrierzwang der Kradneshaden sein würde, an dem sich die Besserung der Löhne entwickeln würde. Die große Dauer der Kinderarbeit nahm die Aufmerksamkeit der Herren besonders in Anspruch. Geheimrat Kaufmann nannte die Berlmuterindustrie eine „unberührte Industrie“. Längere Zeit verwillten die Herren dann noch bei den Ballstoffen aus dem Speßart und den Portefeuillearbeitern, weil ihre Fabrik und Eisenindustrieidöhne gegenübergestellt waren. Als sich die Besucher verabschiedeten, versicherte Graf Posadowsky, er würde die Frage des Registrierzwanges in Erwägung ziehen.“

### Parlamentarische Nachrichten.

#### Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 21. Febr. Abgeordnetenkammer. Zu Beginn der gestrigen Sitzung widmete Vizepräsident Dr. v. Kien, der an Stelle des durch Krankheit ferngehaltenen Präsidenten Bayer das Präsidium führte, dem am Sonntag verstorbenen Abgeordneten v. Nieder einen warm empfundenen Nachruf.

Hierauf wurde die Beratung der Eisenbahnpetitionen fortgesetzt und in einer vierstündigen Sitzung auch zu Ende geführt, so daß jetzt nur noch die Schindbuchbahn, mit welcher sich zunächst noch die volkswirtschaftliche Kommission zu befassen haben wird, erledigt werden muß. Eine Eingabe des Eisenbahnamittels für die Nebenbahn Gmünd-Schwand, für welche die Kommission Uebergang zur Tagesordnung vorge-schlagen hatte, weil der Petition keinerlei Angaben über Bau, Betrieb und Rentabilität der Bahn beigegeben waren, erzielte in der gestrigen Plenarberatung „Keinvernehm“, da von den Befürwortern dieser Linie, den Abg. Schwand und Rembold-Gmünd, mitgeteilt werden konnte, daß ein generelles Projekt sich zur Zeit in Ausarbeitung befände. Auf eine bei dieser Gelegenheit vom Berichterstatter Henning an die Regierung gerichtete Frage über eine angelegte Änderung der ursprünglich geplanten Trasse für die im Bau begriffene Nebenbahn Gmünd-Schwand triftte Präsident v. Fuchs mit, daß diebeshalbständige Wünsche allerdings an die Generaldirektion gekommen seien, daß aber nach den bis jetzt gemachten Erhebungen und Aufnahmen bessere Steigungsverhältnisse für diese über den Rücken des Schurwalds führende Bahn wohl kaum zu gewinnen sein werden. Auch bei einer anderen Eingabe, nämlich derjenigen mehrerer Jagdtalgemeinden um Gewährung eines nachträglichen Staatsbeitrags zu den Grunderwerbungs-kosten der Nebenbahn Römöhl-Drörsch, bei welcher sich eine Ueberschreitung von rund 80 000. A ergeben hat, ging man über den auf Uebergang zur Tagesordnung lautenden Kommissionsantrag erheblich hinaus, indem man einem Antrag Rödder und Genossen gemäß beschloß, das Gesuch der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu übergeben, daß den petitionierenden Gemeinden ein Staatsbeitrag wenigstens in der Höhe gewährt wird, daß sie nicht schlechter gestellt sind, als die benachbarten dahinsigen Gemeinden, und daß das Gelände des Anschließbahnhofs in Römöhl vom Staat unentgeltlich nachweise überlassen wird. Eine sehr glatte Erledigung fand die dritte noch zur Beratung kommende Petition, welche durch den Bau der Strecken Groglingen-Elberheim und Wäfersheim-Röttingen einen Anschließ des württembergischen Landbergediets an das benachbarte badenische Nebenbahnen Röttingen-Dänsfurt-Kab besawdt. Hier wurde, nachdem der Abgeordnete für Regentheim, Däßner, die Eingabe begründet und befürwortet hatte





des Besuches  
auf Fabrikation  
eine Bedenke  
die für das  
Arbeit bezahlt  
stellen, daß  
wären.  
Inzwischen zu  
vor, was  
pflichtete ihm  
dem Minister  
wohl kaum  
und nur noch  
Franzosen  
darauf hin,  
sei. Das  
Ablich. Die  
antischul und  
den müsse, in  
die Aufsicht  
in Hinsicht;  
Geländen  
sch. Aber  
umgangen",  
für Ritter  
Verwaltung  
Abneigung  
aufmerksam,  
lich verfahren  
er betrachtete  
der jüngeren  
e. Unterhalt  
gleichzeitig ist  
in Preise der  
ste er in der  
sich auch für  
in die seiner  
in Kottbus  
nicht erzielen.  
n. Professor  
r und machte  
Erzwang der  
ng der Abne  
arbeit nahm  
e. Geheim-  
wdrberische  
n dann noch  
Vorteilnahme  
Abneigung  
abschiedeten,  
Frage des

dem Kommissionsantrag entsprechend „Berücksichtigung“ be-  
schlossen und außerdem noch ein Zusatzantrag angenommen,  
durch welchen die Regierung ersucht wird, die zum Bau der  
beiden Bahnen erforderlichen Mittel noch in dieser Tagung  
des Landtags in einem besonderen Eisenbahnkreditgesetz zu  
fordern. Da mit Rücksicht auf das Borgehen Bayerns der  
beidseitige Bau dieser beiden Anschlußlinien als wünschenswert  
und notwendig erscheint, so wurde vom Regierungssitz gegen  
diese Forderung ein Einspruch nicht erhoben.

Heute findet wegen der Besetzung des Abg. v. Nieder  
keine Sitzung statt. Morgen kommen die Kammerblätter  
frage und verschiedene Eingaben persönlicher Natur zur  
Behandlung.

## Tages-Neuigkeiten.

### Aus Stadt und Land.

**Neukirchen, 19. Febr.** Schultheiß Bitter ist von dem  
Amt eines Ortsvorstehers, dem er 21 Jahre in treuer  
Pflichterfüllung vorstand zurückgetreten. Die Wahl ist auf  
8. März anberaumt.

**Stuttgart, 19. Februar.** Das Geburtsfest des  
Königs wird militärischerseits in der üblichen Weise gefeiert  
werden. Am 24. Febr. abends 8 Uhr ist großer Zapfen-  
streich von sämtlichen Musikkorps und Spielmannen. Am  
25. Febr. vormittags findet im Hof des Wilhelm-  
palastes, ausgeführt von sämtlichen Musikkorps und Spiel-  
mannen des Standorts statt. An der kirchlichen Feier in  
der evangel. und kathol. Garnisonkirche nehmen sämtliche  
Offiziere, Sanitätsbeamte und Militärbedienstete, sowie Mann-  
schaftsabteilungen teil. Anschließend hieran findet in der  
Gemeindehalle Parolentanz statt, wobei abwechselungsweise  
2 Musikkorps spielen.

Landtagsabgeordneter v. Nieder, Landgerichts-  
direktor in Ellwangen, ist gestern Abend im Stuttgarter  
Marienhospital dem Tode erlegen, das ihn schon einige Zeit den  
Kammerverhandlungen ferngehalten hat, im Alter von 68  
Jahren erliegen. Mit ihm scheidet eines der arbeitsfähigsten  
und kenntnisreichsten Mitglieder der Kammer. Sein ruhiges,  
sachliches Urteil hatte auf allen Seiten des Hauses ein be-  
deutendes Gewicht. Nieder ist 1895 in die Kammer einge-  
treten und gehörte der Zentrumsfraktion an. Er hat mehr-  
fach große Referate über Materien juristischer Art über-  
nommen, so namentlich über das Wasserrechtsgesetz, aber  
daß er auch einen Kommentar veröffentlicht hat.

**Smünd, 19. Februar.** Vorgefesselt nachmittag er-  
hängte sich in der Kaiserne ein Unteroffizier der hiesigen  
Militärkapelle. Seiner Brand soll er ein Vermögen von  
12 000 M hinterlassen haben.

**Heilbronn, 20. Februar.** Die von dem hiesigen  
Gemeinderat beschlossene Frage ob für die Unterhaltungen  
des früheren Gerichtsvollziehers Thumm die Stadtgemeinde  
den Geschädigten haftbar ist, wird auf dem Projektweg zum  
Austrag gelangen, insofern die gleichfalls geschädigte Württ.  
Spartasse in Stuttgart gerichtliche Klage auf vollen Schaden-  
erfolg gegen die Stadtgemeinde erheben wird. Der Aus-  
gang dieses Prozesses wird für die übrigen Schadenersatz-  
ansprüche maßgebend sein.

**Jagdhansen, Orl. Ranzelsau, 20. Febr.** Gestern  
nachmittag traf mittelst Automobil Ihre Majestät die  
Königin Charlotte hier ein zum Besuch der Freiau Elisa  
v. Berlichingen, einer Jugendfreundin Ihrer Majestät.  
Freiau v. Berlichingen ist zur Zeit schwer erkrankt.

**Bachmann, Orl. Redarwin, 20. Februar.** Infolge  
Ausschlagens eines Pferdes erhielt der Landwirt Julius  
Röhner so schwere Verletzungen (Schädelbruch mit Verlet-  
zung des Gehirns, Beinbrüche usw.), daß er in bewußtlosem  
Zustande in das hiesige Krankenhaus überführt werden  
mußte. Er schwand in Lebensgefahr.

### Gerichtssaal.

**Illm, 19. Febr.** Der Versicherungsagent Ferd.  
Schadel von hier, der sich in 27 Fällen verschiedener Ver-  
träge bei Vermittlungen und durch Entlehnung von  
Geldbeträgen schuldig gemacht hat, wurde von der Straf-  
kammer zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

### Deutsches Reich.

**Berlin, 19. Februar.** Deutscher Handelstag.  
Staatssekretär Graf Posadowsky begrüßte heute den deut-  
schen Handelstag mit einer Ansprache und teilte mit, in  
wenigen Tagen würden neue Handelsverträge mit 8 konti-  
nentalen Staaten in Kraft treten. Außerdem begrüßte er  
freudig, daß dieses Uebergangsstadium der Industrie und  
des Handels den besten Zeichen erneuten Aufschwungs auf-  
weise. Redner hofft, daß sich auch jetzt wieder die oft ge-  
räthete, vom Auslande beneidete Fähigkeit der deutschen In-  
dustrie und des Handels, sich fremden Verhältnissen durch  
geschickte Benutzung der Konjunkturfolgen anzupassen, aufs  
neue glänzend bewähren werde. Leider sei es nicht gelungen,  
mit Amerika zu einem neuen handelspolitischen Abkommen  
zu gelangen. — Darauf wurde in die Beratung über die  
Ordnung des Reichshaushalts eingetreten. Dazu lag  
eine Erklärung vor, die die Einführung neuer Steuern als  
notwendig anerkennt, insbesondere die Erbschaftsteuer und  
die weitere Ausbildung der Verbrauchssteuer auf entbehrliche  
Genussmittel, wie Bier, Tabak und Tabakfabrikate einschließ-  
lich Zigaretten, ferner eine Steuer auf Kraftfahrzeuge.  
Gegen die Personalschuldensteuer soll kein Einspruch er-  
hoben werden. Die Erklärung spricht sich gegen die Steuer  
auf Frachtkunden und Ostingen aus. Als Mittel zur  
Deckung des Reichsbedarfs empfiehlt die Erklärung eine  
Branntweinsteuer. Reichs- und Provinzialparlamente befürwortete  
auf Ablehnung der Französischen absehbende Resolution ge-

meinsam mit anderen Herren. In der folgenden nament-  
lichen Abstimmung wurde der Antrag Reichardt mit 175  
Stimmen gegen 131 Stimmen angenommen. Die Bespre-  
chung über Tabak- und Zigarettensteuer erfolgt morgen.

**Berlin, 20. Febr.** Das preussische Kriegsministerium  
hat folgenden Erlaß ausgegeben: Seine Majestät der  
Kaiser und König haben zu bestimmen geruht, daß die vom  
Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke  
herausgegebene kleine Schrift „Alkohol und Bekraft“  
an alle seit dem letzten Einstellungstermin eingetretenen und  
in Zukunft zur Einstellung kommenden Rekruten der Armee  
in geeigneter Weise zur Verteilung gelange. Das Kriegs-  
ministerium beehrt sich, hieron mit dem Hinzufügen ergebenst  
Kenntnis zu geben, daß es der Allerhöchsten Willensmein-  
ung entsprechen würde, wenn das Belehrungsschriftchen,  
unter gleichzeitiger Erläuterung des Inhalts seitens der  
Offiziere, an die Rekruten kostenfrei verteilt würde. Die  
Verteilung der erforderlichen Exemplare wird zweckmäßig  
seitens der Truppenteile usw. unmittelbar bei der Geschäfts-  
stelle des genannten Vereins, Berlin W 15, Fasanenstr. 69,  
erfolgen, die hieron Mitteilung erhalten hat und die Schrift  
zum Preise von 2 M für 100 Exemplare abzugeben bereit  
ist.

**Berlin, 20. Februar.** Der Raubmörder Hennig  
befindet sich, nach verschiedenen Befandungen, noch immer  
in Berlin.

**Strasburg, 20. Febr.** Der in Bentsch wohnende  
verheiratete Bergmann Giovanni Solval wurde 80 Schritt  
unter Tag im Stollen einer Grube im Arweiler Thal von  
zwei Kroaten ermordet und seiner Barschaft in Höhe von  
300 M beraubt. Einer der Mörder, der Tagelöhner Ra-  
dolewicz, wurde verhaftet, der zweite, Rogio, ging flüchtig.

**Frankfurt a. M., 18. Febr.** Ein nachahmendes  
Beispiel hat der hiesige württembergische Konsul, Direktor  
Arthur Siebert von der Mitteldeutschen Kreditbank, ge-  
geben. Zur Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte  
Erhebung Württembergs zum Königreich listete er dem  
hiesigen Schwabenklub, dessen Ehrenvorsitzender er ist, die  
Summe von 3000 M mit der Bestimmung, daß die Zinsen  
davon zur Unterstützung bedürftiger Landsleute verwendet  
werden sollen.

**Selsenkirchen, 20. Febr.** Hier wurde ein Ehepaar  
verhaftet unter dem Verdacht, von seinen seit 1897 ge-  
borenen acht Kindern sieben kurz nach der Geburt ge-  
tötet zu haben. Bei einem Kind soll ohne Inaugenschein-  
nahme der Leiche ein ärztlicher Totenschein angefertigt worden  
sein. Das letzte Kind, das anfangs dieses Jahres geboren  
wurde, starb gleichfalls einige Tage später. Der Eheemann  
packte die Leiche in eine Kiste und trug sie fort; wohin, ist  
noch nicht festgestellt. Einige Stunden später kamen die  
beiden Eheleute angetrunken nach Hause.

**Hamburg, 19. Febr.** Der Zwischendeckpreis im  
nordatlantischen Verkehr wurde um 10 M erhöht.

**Hamburg, 20. Febr.** Wegen Reuterer und tätlichen  
Angriffs auf Borgefeste im Hafen von Teceopilla wurden  
4 Matrosen des deutschen Dampfschiffes Grato vom Kapitän  
dem deutschen Konsul ausgeliefert, der die Reuterer mit dem  
Dampfer Setos nach Hamburg bringen ließ, wo sie gestern  
von der Polizei verhaftet wurden.

**Geprüfte „Schweinemeister.“** Der Landwirt-  
schaftsminister v. Posadowsky veranstaltet auf seinem Gut  
Rarßbüt Behrstraße für Schweinefütterung. Die Kurse  
sollen dazu dienen, die Landwirte in der Aufzucht und  
Fütterung der Schweine zu unterrichten. Der Unterricht  
dauert 3 Monate. Am Schluß des Lehrgangs wird eine  
Prüfung gehalten. Schüler, die den Lehrgang mit Erfolg  
bestanden haben und darauf 2 Jahre zur Zufriedenheit ihres  
Arbeitgebers in einem Betrieb mit Schweinehaltung tätig  
gewesen sind, können nach nochmaliger kurzer Prüfung in  
der Versuchstation Rarßbüt von der brandenb. Landwirt-  
schaftskammer, deren Aufsicht die Behrstraße unterstellt sind,  
den Titel „geprüfter Schweinemeister“ erhalten.

### Ausland.

**Basel, 17. Febr.** Auf der babilischen Strecke Basel  
Konstanz haben während der letzten Tage Probefahrten  
stattgefunden. Die Geschwindigkeit betrug am ersten Tage  
80 km, am letzten Tage 90 km in der Stunde. Für die  
Strecke Basel-Konstanz brauchte der aus Schnellzugwaggons  
bestehende Zug zwei Stunden 30 Minuten, während die  
beiden bisherigen Schnellzüge 138 und 136 für dieselbe  
3 Stunden 3 Minuten bzw. 2 Stunden 56 Minuten brauchten.

**Bern, 19. Febr.** Der in Zürich verhaftete frühere  
Strasburger Polizeikommissar Stephan hat den Bundesrat  
ersucht, ihn bis zur Entscheidung der Auslieferungfrage  
durch das Bundesgericht auf freien Fuß zu setzen. Der  
Bundesrat hat dieses Gesuch abgelehnt.

**St. Gallen, 19. Febr.** Die internationale Kom-  
mission für die Rhein-Korrektur beschloß, im Jahr 1906  
auf die Inanspruchnahme des oberen Durchflusses 976 000  
und auf die Bollendung des unteren Durchflusses 199 800  
Franken aufzunehmen.

**Aus der Schweiz, 13. Febr.** Der Bergsturz von  
Grignas dauert fort. Die Verdichtung ist fortwährend in  
Unruhe. In den letzten Tagen hat sich eine Schlammflut  
mit einer Masse von Steinen von der abgestürzten Masse  
gelöst und ist bis hundert Meter von den letzten Häusern  
vorgeückt. Die Sicherungsarbeiten wurden teilweise be-  
endet. Das Dorf ist zum Teil bereits geräumt. Etwa zwölf  
Familien, die noch zurückblieben, treffen nun auch Vorbe-  
reitungen zur Abreise.

**Kopenhagen, 19. Februar.** Der deutsche Kaiser er-  
nannte König Frederik zum Ehrenadmiral der deutschen

Flotte; der König verlieh dem Kaiser das Ehrenkreuz des  
Danebrogordens.

**London, 17. Febr.** Lord Roberts hat als Präsident  
der national service league ein Manifest erlassen, worin  
erklärt wird, daß die Liga die Verpflichtung eines jeden  
wehrfähigen Mannes im vereinigten Königreich zur Einbe-  
rufung zum Militärdienst im Falle der Not befürworte,  
sowie daß alle Wehrfähigen, um hierzu geeignet zu werden,  
beim Erreichen des entsprechenden Alters zu einer drei- bis  
viermonatigen militärischen Lehrgangzeit im Jahre gesetzlich  
verpflichtet würden. Auch befürwortet er die Einrichtung  
eines militärischen Unterrichts in den Schulen. — Sämtliche  
liberalen Blätter erklären sich entschieden gegen die Ein-  
führung einer solchen Art der allgemeinen Wehrpflicht.

**London, 19. Februar.** Nach Meldungen aus Seoul  
(Korea) wurde gestern der koreanische Kriegsminister auf  
der Straße von mehreren Männern angegriffen, welche be-  
absichtigten ihn zu ermorden. Der Minister wurde durch  
mehrere Säbelhiebe verwundet. Die Angreifer sind ent-  
kommen.

**Tanger, 20. Febr.** Die Times meldet, im ganzen  
Lande herrsche eine Hungersnot, die durch einen Ge-  
treiderückgang verursacht werde, dem der Sultan und der  
Roghen nicht fern sei. Die Not der bedauernswerten  
Bevölkerung sei furchtbar. In Fez werde die sich zusammen-  
rottende Bevölkerung gewaltsam auseinandergetrieben. Die  
einzige Hoffnung der ausgebeuteten Marokkaner beruhe auf  
dem Präsidenten, von dem erwartet werde, daß er der  
Sache bald ein Ende mache. (1)

**New-York, 17. Februar.** Der chinesische Gesandte  
Chentung Wangchang in Washington sagte in einem Inter-  
view, das Borgehen Deutschlands habe zum großen Teil  
den Fremdenhass in China verschuldet.

Der angeblich verschwundene Petroleumkönig  
Rudolf Koller hat, wie d. B. Z. K. ein Telegramm aus  
Mailand meldet, mehrere Tage im Hotel Royal in Neapel  
gewohnt und ist vorgestern von dort nach Rom gereist.

### Die Vorgänge in Rußland.

**Petersburg, 19. Febr.** Die Verhaftung von sechs  
Anarchisten in einem Chambre garni am Newski Prospekt  
hat zur Entdeckung eines ganzen Komplottes geführt, das  
nicht allein gegen Admiral Dubassow, sondern gegen eine  
Reihe reaktionärer Minister geplant war. Bisher sind 26  
an diesem Komplott beteiligte Personen verhaftet worden,  
jedoch sind die Leiter des Komplottes und 5 Hausverwalter  
entwischt.

**Petersburg, 18. Februar.** Die kommandierenden  
Generäle der ersten und dritten Kavalleriearmee, Kuro-  
patkin und Bajanow, sind abberufen, ersterer unter Be-  
lassung seiner Würde eines Generaladjutanten.

**Petersburg, 18. Febr.** Nach telegraphischer Mel-  
dung aus Dschagol fand beseitigt nunmehr die Uebergabe  
des Kommandos über die russischen Truppen im fernem  
Osten von Seiten des Generals Benewitsch an den General  
Brodskow statt.

### Die Verpflichtung des Erben zur Rechnungs- legung gegenüber den Pflichtteilsberechtigten.

Familienverhältnisse in puncto Erbschaft sind keine Selten-  
heiten. Ein interessanter Prozeß, der kürzlich vor dem  
Rechtsgericht seine Erledigung fand, hat besonders das Recht  
des Pflichtteilsberechtigten zum Inhalt. Unter Pflichtteil  
ist dasjenige zu verstehen, was dem nächsten Angehörigen  
des Erblassers zukommt, trotzdem sie im Testament über-  
gegangen oder enterbt worden sind. Recht auf den Pflichtteil  
haben nur die Kinder, die Eltern und der Ehegatte des  
Erblassers. Die Höhe des Pflichtteils beträgt die Hälfte  
des gesetzlichen Erbteils, also des Teiles, der durch Gesetz  
bestimmt ist, falls kein Testament vorliegt. Im gegen-  
wärtig angelegten Prozeß klagt die Mutter des verstorbenen  
Ritters Prof. Otto Edmann, der seine Frau als Allein-  
erbin eingesetzt hat, gegen letztere auf Anfertigung eines  
amtlichen Verzeichnisses der beim Tod ihres Sohnes diesem  
gehörenden Gegenstände, zwecks Geltendmachung ihres Pflicht-  
teiles. Die Beklagte wehrt ein, ein genaues Privatver-  
zeichnis von den noch vorhandenen Sachen der Klägerin  
übergeben zu haben. Es handelt sich hierbei im wesent-  
lichen um die wertvolle Auktorenbibliothek des Professors,  
von welcher die Beklagte behauptet, sie als ihr allein zu-  
gehörend „Vorant“ nicht mit angeben zu brauchen. Land-  
gericht II und Kammergericht zu Berlin erkannten nach dem  
Antrag der Klägerin. In den Urteilen führt das Kammer-  
gericht an: Ein mangelhaftes Verzeichnis, das die Gegen-  
stände anzeigt, die für die Klägerin nicht mitzählen und  
vom gesetzlichen Vorant gehören, würde eine richtige Schät-  
zung unmöglich machen. Es ist deshalb unter allen Um-  
ständen alles aufzunehmen, weil die Pflichtteilsberechtigten  
erst dann über die Anerkennung schlüssig werden kann. Die  
von der Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision  
wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Bestellungen auf den Gesellschafter für  
den Monat März können schon jetzt bei allen  
Postämtern und Landpostboten sowie bei der  
Exped. ds. Bl. gemacht werden.

Druck und Verlag der G. W. Kaiser'schen Buchdruckerei (Gaul  
Jäger) Regensburg. — Für die Redaktion verantwortlich: R. P. a. r.





Oberamt Nagold.  
Stadtgemeinde Hatterbach.  
**Neue Quellwasserversorgung.  
Hergebung von Bauarbeiten.**

Die zur bevorstehenden Ausführung einer Quellwasserversorgung für obige Stadtgemeinde erforderlichen

**Erdb-, Betonierungs-, Maurer- und Steinhauserarbeiten**

sollen im Wege schriftlicher Submission an tüchtige Bauunternehmer vergeben werden.

Nach den vorliegenden Plänen und Ueberschlägen betragen:

Nummern des Kostenvoranschlags:	Betreff:	Erdb- und Felsen-sprengungs-Arbeiten:	Betonierungs-, Maurer- u. Steinhauser-Arbeiten:
A.	Die Fassung der Hatterbachquelle im oberen Tale . . . . .	100	350
B.	Die Zu- und Verteilungsleitungen von dem Quellsammler nach und innerhalb Hatterbach . . . . .	6000	1955
C.	Das Hochreservoir-Bauwesen . . . . .	430	2600
	Summa	6530	4905

Die Pläne, Kostenvoranschläge und Akkordbedingungen liegen an den Werktagen vom 19.—24. Februar 1906 auf dem Rathaus daselbst zur Einsicht auf. Die schriftlichen Offerte für die Arbeiten einzelner oder mehrerer Nummern sind

**spätestens bis zum 24. Februar 1906** verschlossen mit der Aufschrift „Bauofferte zur Wasser-versorgung“ portofrei beim Stadtschultheißenamt Hatterbach einzureichen.

Der Zuschlag erfolgt an einem andern Tag nach erfolgter Genehmigung.

Hatterbach, den 15. Februar 1906.

Stadtschulth.-Amt:  
Kranh.

**Wildberg.**

Gemäß dem Beschluß der bürgerlichen Kollegien vom 29. Novbr. 1905, welcher am 25. Januar 1906 die Genehmigung der Kgl. Ministerien des Innern und der Finanzen erhalten hat, kommt in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1916 wie seither eine örtliche

**Verbrauchsabgabe von Bier**

mit 65  $\text{S}$  für 100 Liter und 2  $\text{M}$  50  $\text{S}$  pro Doppelcentner des zur Biererzeugung verwendeten ungeschroteten Malzes für die Stadtkasse zur Erhebung.

Für die Forterhebung der Abgabe vom 1. April dieses Jahres ab kommen die Vorschriften der bisherigen Abgabebestimmung zur Anwendung.

Wildberg, 19. Februar 1906.

Gemeinderat:

Vorstand: **Wutschler.**

**Wildberg.**

Gemäß dem Beschluß der bürgerlichen Kollegien vom 29. Novbr. 1905, welcher am 20. Dezember 1905 von den Kgl. Ministerien des Innern und der Finanzen genehmigt wurde, wird in dieser Gemeinde in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1916 ein Zuschlag zur

**Grundstücks-Umsatzsteuer**

im Betrag von 50  $\text{S}$  für je 100  $\text{M}$  des der staatlichen Umsatzsteuer unterliegenden Kaufpreises oder des Wertes der denselben vertretenden Gegenleistung erhoben.

Den 19. Februar 1906.

Gemeinderat:

Vorstand: **Wutschler.**

**Nagold.**

Für bevorstehende Verbrauchszeit empfiehlt

**Eisenvitriol**

zu bekannt billigen Preisen

**Gottlob Schmid.**

**PALMIN**



Feinste Pflanzenbutter  
zum Kochen, Braten und Backen

Nagold.  
**Feines  
Bock-  
Bier**

schenken vom Mittwoch an aus:  
Adlerwirt Stockinger  
und Frau Luise Kugel  
in Oberjettingen,  
wogu freundlich eingeladen wird.

Nagold.  
**Kleesamen**

kauft  
**Christian Schwarz.**

Nagold.

Ein  
**Mädchen,**

welches das  
**Kleidernähen**  
gründlich erlernen möchte, kann ein-  
treten bei  
**Frau Luise Kälberer.**

Ein fleißiges, ehrliches

**Mädchen**

für Küche und Haushalt wird bei  
guter Behandlung und hohem Lohn  
bis 1. April gesucht.

**Frau Kaufmann Scharpf,  
Bad Liebenzell.**

**Wildberg.**

Einem kräftigen

**Jungen**

nimmt ohne Vorkauf in die Lehre.  
Kuch wird das Anlaufgeld bezahlt.

**Karl Dieterle, Seiler.**

Ein **Logis**

bestehend in 2 Zimmern, Küche, Keller  
und Holzplatz hat bis Georgii zu  
vermieten.

Auskunft erteilt die Expedition.

Eine

**Wohnung**

mit 3 Zimmern samt Zubehör wird  
sofort oder auf 1. April zu mieten  
gesucht.

Von wem? sagt die Expedition  
bei Hl.

**Wohnung**

von 3—5 Zimmern  
event. mit Laden

im Zentrum der Stadt, womöglich  
sofort oder in Kürze gesucht.

Schriftl. Angebote unter **M. M.  
650** an die Exped. d. Bl.

Ein **Schaf**

ist ein zartes, reines Gefäß, rosiges  
jugendliches Aussehen, weiße, sammet-  
weiche Haut und blendend schöner Teint.  
Alles dies wird erreicht durch die echte  
**Stedenpferd - Lilienmilchseife**  
v. Bergmann & Co., Nabebeul  
mit Schutzmarke: Stedenpferd.  
à St. 50  $\text{S}$  bei: **G. W. Zaiser; Otto  
Drissner.**

Vorrätig:

**Kassabuch „Mercur“**

mit Spezial-Eintragung zur Auf-  
hellung von Jahresübersichten und  
Bilanzen für

**Einfache Buchführung.**

Sehr leicht gelehrt.  
Prämiert mit der silbernen Medaille.  
Außerordentlich praktisch für  
den Geschäftsmann!  
— Preis 4 Mark. —

**G. W. Zaiser'sche Buchhandlg**

**Emmingen.**

Am Freitag den 23. Februar 1906  
mittags 12 $\frac{1}{2}$  Uhr

kommt auf dem hiesigen Rathaus der heutige Anfall von

**Lang- und Sägholz**

im Submissionswege zum Verkauf und zwar:

7 Stück Langholz II Klasse ca	12,40 $\text{Fm}$ .
47 " " III " "	60,81 " "
349 " " IV " "	198,43 " "
29 " " V " "	5,24 " "
Sägholz I, II u. III " "	5,88 " "

Sämtliches Holz ist gerepelt.

Die Angebote, welche spätestens auf  
obengenannten Termin dem Schultheißenamt  
zu übergeben sind, müssen in Prozenten der  
Reklampreise ausgedrückt sein und können sich  
auch auf das ganze Quantum erstrecken.

Die Submittenten erkennen die Submissionsbedingungen, welche in  
Abschrift erhältlich sind oder eingesehen werden können, durch Einreichung  
ihrer Offerte als rechtsverbindlich an.

Das Holz ist an die Abfuhrwege angerückt.

Die Abfuhr ist günstig.

Gemeinderat.



**Bezirks-Obstbau-Verein  
Nagold.**

Am Matthiasfeiertag den 24. d. M.  
nachmittags 2 Uhr

findet im Gasthaus z. Sonne in Simmersfeld die jährliche

**Hauptversammlung**

statt.

**Tagesordnung:**

1. Ablegung der Jahresrechnung.
2. Rechenschaftsbericht des Ausschusses.
3. Bericht über die am 1. u. 2. d. Mts. in Stuttgart abgehaltenen  
Versammlungen des Landesobstbau- und Baumwärtler-Vereins.
4. Sonstiges über Obstbau.

Die verehrl. Mitglieder und sonstige Obstbau-Fremde werden zu  
zahlreichem Besuch höflich eingeladen.

Walldorf, den 19. Februar 1906.

Der Vorstand **Bißler.**

**Nagold.**

**Kochzeits-Einladung.**

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns,  
Betrovante, Freunde und Bekannte auf

**Samstag den 24. Februar 1906**

in das Gasth. z. „Ahlerei“ hier freundlichst einzuladen.

**Paul Schlechau**  
Stuttgart.

**Karoline Blum**  
Tochter des  
verh. Bärentwirts Blum  
Nagold.

Kirchgang 1 Uhr.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung  
entgegennehmen zu wollen.

**Speisberg.**

**Verkaufe**

am 24. Februar vormittags 11 Uhr

**ein Wolkereigebäude**

und Dampfessel, Dampfmaschine, Brücken-  
wagen, Butterkisten, sowie sämtliches Inventar.

**Mueß.**



Musche's

**Arnica-  
Haar-Oel**

ist unübertroffen zur  
Pflege der Kopfhaut,  
kräftigt und befördert den Wuchs des  
Haars, macht es weich, geschmeidig,  
naturglänzend und beseitigt die lästigen  
Kopfschmerzen und -Schuppen.

• Flacons à 50 und 75 Pfg. •

Allein echt bei

**Nagold. Heh. Lang.**

Ein päpstlicher Binszahler sucht  
bis 1. April oder 1. Mai

**3000 Mk.**

gegen gute Versicherung anzunehmen.  
Auskunft erteilt die Expedition.

**Geld-Darlehen** für Personen  
auf Leb.-Versicherung,  
Schuldschein, Wechsel, Bürgschaft,  
Kontokorrenten zu 4, 5 u. 6 % auch in  
klein. Raten rückzahlbar. Hermann  
Sobotta, Laurahütte. — Rückporto.